

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Mai 2009

Nr. 5 · 5. Jahrgang

Wahlen

3 Superwahljahr 2009 – Teil 5
Die EU beginnt vor der Haustür

LINKS im Rathaus

5 Haushalt 2009 – mehr
soziale Gerechtigkeit

Stern/Kirchsteigfeld/Drewitz

6–9 Das Leibniz-Gymnasium, ein
Osterspaziergang und ein Boxverein

Griebnitzseeufer muss wieder für alle zugänglich sein

Unterschriftensammlung für Bürgerbegehren/Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit möglich

Eine der Errungenschaften der Wende ist zweifellos der freie Zugang zum Ufer des Griebnitzsees. Mit dem Abbau der Grenzanlagen haben die Potsdamerinnen und Potsdamer und viele Touristen seit Anfang 1990 die Möglichkeit, auf dem ehemaligen Postenweg zu wandern oder mit dem Rad zu fahren und die herrliche Natur zu genießen. Sie können sich dabei auch auf Artikel 40 Absatz 3 der Landesverfassung stützen, in dem es heißt: „Land, Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, der Allgemeinheit den Zugang zur Natur, insbesondere zu Bergen, Wäldern, Seen und Flüssen, unter Beachtung der Grundsätze für den Schutz der natürlichen Umwelt freizuhalten und gegebenenfalls zu eröffnen.“

Dieses Stück gewonnene Freiheit ist jetzt ernsthaft in Frage gestellt. Am 18. April 2009 haben einige Grundstücksbesitzer am Griebnitzsee das scheinbar Unmögliche wahr gemacht und in einer konzertierten Aktion



Hans-Jürgen Scharfenberg vor dem neuen „Koniferen-Zaun“.

den Uferweg für die Allgemeinheit verschlossen.

Jetzt rächt sich, dass in der Vergangenheit von der SPD-Stadtregerung manche Fehleinschätzung und falsche Entscheidung getroffen worden sind. So war es ein großer Fehler, dass der Anfang der 90er Jahre gefasste Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan trotz Mahnung nicht ausgefüllt worden ist. Auch in den Folgejahren wiegte

sich die Verwaltungsspitze in einer trügerischen Sicherheit. Dazu gehört letztlich auch der Verzicht auf einen Grundstückserwerb, der allerdings durch das Agieren des Bundes erheblich erschwert worden ist.

DIE LINKE war immer treibende Kraft für eine dauerhafte Sicherung des freien Uferzuganges.

Der nach langen Kämpfen zustande gekommene B-Plan

schreibt den Uferweg und den freien Uferzugang fest und macht zugleich deutliche Zugeständnisse an die Anlieger mit dem möglichen Bau von Bootstegen und Bootshäuser, mit der Verlegung des Weges in Richtung Griebnitzsee usw. Das wird offensichtlich von den meisten Grundstückseigentümern in einvernehmlichen Regelungen akzeptiert bzw. respektiert.

Wenn nach all den Diskussionen und Zugeständnissen seitens der Stadt jetzt von einigen Grundstückseigentümern die Grundsatzfrage des freien Weges gestellt wird, muss die Stadt im Interesse der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung reagieren und alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten ausschöpfen. Dazu gehört nun einmal auch das Recht auf Enteignung, denn der im Grundgesetz festgeschriebene Schutz des Privateigentums ist nicht grenzenlos, sondern an Bedingungen gebunden. In Artikel 14, Absatz 2,

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Auf ein Wort...



1. Mai – nicht bitten, sondern fordern!

Von Rolf Kutzmutz, SVV-Abgeordneter DIE LINKE; Kandidat für den Bundestag

Ich gebe zu, mit der Bezeichnung des 1. Mai als „Tag der Arbeit“ habe ich so richtig nie etwas anfangen können. Dafür, dass die Arbeit, also die Suche danach, der Erhalt des Arbeitsplatzes oder die Freude über neu geschaffene Möglichkeiten im Mittelpunkt des Ganzen stehen – ist ein Tag ja sehr wenig und wohl auch nie so gemeint gewesen.

Eher ging es darum, die Forderung nach Existenzsichernder Arbeit, nach Verteilungsgerechtigkeit und sozialem Handeln der Wirtschaft in den Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung zu rücken.

Aber der Kreis derer, die sich trafen und treffen, ist und bleibt überschaubar. Und das, obwohl es genügend Anlass gibt, die Stimme zu erheben und sich zu zeigen – nicht zu bitten, sondern zu fordern.

In einer Rede im Deutschen Bundestag fragte der damalige Alterspräsident Stefan Heym: „Wie lange noch wird der Globus, der einzige, den wir haben, sich die Art gefal-

(Fortsetzung auf SEITE 2)

1. Mai 2009 in Potsdam

10.00 Uhr: Demonstrationzug vom Platz der Einheit zum Luisenplatz

11.00 Uhr: Kundgebung auf dem Luisenplatz

„Arbeit für alle bei fairem Lohn!“

Anschließend: Familienfest auf dem Luisenplatz u. a. mit den Finsterwalder Sängern, der Toni Kruse Band und Kitchen Groove.

Polittalks u. a. zu den Themen Europa und Mindestlohn

16.00 Uhr: Ende der Veranstaltung



Gedenken

Am Freitag, 8. Mai 2009, findet um 10.00 Uhr eine Gedenkveranstaltung in Potsdam am Ehrenmal auf dem Bassinplatz statt.

Die Veranstaltung wird traditionell von der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e. V.; der Interessengemeinschaft ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, den Verfolgten des Naziregimes und Hinterbliebenen e. V. und dem Bund der Antifaschisten e. V. organisiert.

Nach Redaktionsschluss

Am vergangenen Sonnabend, 25. April, fand eine Regionalkonferenz der LINKEN zur Aufstellung des Direktkandidaten für die Bundestagswahl 2009 im Wahlkreis 62 statt. Als Bewerber stellten sich im Humboldt-gymnasium der Landeshauptstadt Anja Laabs und Rolf Kutzmutz vor. Die Vertreter wählten mit großer Mehrheit Rolf Kutzmutz.

(Fortsetzung von SEITE 1)

len lassen, wie diese Menschheit ihre tausenderlei Güter produziert und konsumiert? Und wie lange wird die Menschheit sich gefallen lassen, wie diese Güter verteilt werden?! Fragen, die heute aktueller sind als je, deren Beantwortung unser aller Einsatz fordert – nicht nur am 1. Mai – aber, als sichtbares Zeichen, an dem Tag im besonderen Maße.

Kampfansage an das europaweit rückständigste Streikrecht

Diesem Thema widmete sich die Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsgesetzbuch“ auf einer ihrer öffentlichen Beratungen im Rahmen einer Vortragsreihe der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ am 24.03.2009 im Potsdamer Atrium.

Im Mittelpunkt stand dabei die Frage nach dem Recht auf politischen Streik, einer Forderung, für die sich die Arbeitsgemeinschaft bereits in ihrem Gliederungsvorschlag für ein zu schaffendes Arbeitsgesetzbuch ausdrücklich eingesetzt hat.

Von besonderer Bedeutung und von den Diskussionsteilnehmern ausdrücklich begrüßt, war – dass mit dem Vortragenden, Veit Wilhelmy, dem Initiator einer Petition an den Deutschen Bundestag zum Recht auf politischen Streik, ein Gewerkschaftsfunktionär sich vehement für die Durchsetzung dieses Grundrechts einsetzt und dem Antrag der Fraktion DIE LINKE im Bundestag für das Recht auf Generalstreik, der dort natürlich auf Ablehnung stieß, vollinhaltlich folgte.

Was macht nun diese Frage nach dem Recht auf politischen Streik so brisant?

Unstrittig ist das Verbot des politischen Streiks und des Demonstrationsstreiks in Deutschland nicht mit dem europäischen Recht vereinbar. Die auch für die Bundesrepublik verbindliche, weil ratifizierte, Europäische Sozialcharta gewährt die Arbeitskampffreiheit.

Das in Deutschland stark eingeschränkte Streikrecht steht auch im krassen Widerspruch zu den Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation.

Auch das Grundgesetz schützt, entgegen herrschender Rechtsmeinung, den politischen Streik.

Verwiesen sei dabei vor allem darauf, dass das Streikrecht sich eben nicht nur auf die Arbeitsbedingungen beschränken lässt, sondern auch für Wirtschaftsbedingungen besteht, die von politischen Entscheidungen bestimmt werden.

Verwiesen sei weiter darauf, dass das Verbot politischer Streiks letztlich durch Arbeitsgerichtsentscheidungen, also durch Richterrecht, vorgenommen wurde.

Diese Illegalisierung des poli-

tischen Streiks, wie auch des Sympathie- und „Wilden Streiks“ führte dazu, dass Deutschland wohl das restriktivste Streikrecht in Europa hat und damit Grund- und Menschenrechte verletzt werden.

Warum wird der Kampf um ein politisches Streikrecht als Möglichkeit politischer Willensbildung nicht mit noch größerem Nachdruck geführt?

Manche Aktionen gesellschaftlicher Gruppen, wie auch der Gewerkschaften, belegen durchaus den Willen und das Potenzial für politische Streiks. Dafür sprechen auch die Anträge der Linksfraktion im Bundestag oder auch gewerkschaftliche Aktionen, allerdings meist auf unterer Ebene. Das sind noch immer die Ausnahmen.

Es bleibt die Tabuisierung des politischen Streiks in den Parteien, den Gewerkschaften und vor allem den Medien.

Der parlamentarische Widerstand ist zu gering, die enge Bindung an die SPD führt zur Lähmung der gewerkschaftlichen Aktivitäten, und auch außerparlamentarisch muss die Forderung nach dem Recht auf politischen Streik lauter werden.

Was ist zu tun?

Wir brauchen den organisierten Widerstand gegen den Sozialabbau großer Teile der Bevölkerung. Die Angriffe auf soziale Standards bedingen notwendigerweise politische Auseinandersetzungen in Form politischer Streiks auch außerhalb des Tarifrechts.

Die Gewerkschaften müssen wieder auf eines ihrer wichtigsten Kampfmittel, den politischen Streik, zurückgreifen, um Protest und Widerstand zu organisieren.

Wir müssen ins Bewusstsein rufen, dass der politische Streik nicht nur legitim ist, sondern als verbrieftes Recht letztlich auch die Demokratie stärkt.

Die Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsgesetzbuch“, das war das Ergebnis der langen, interessanten Diskussion, wird sich bei der Erarbeitung eines arbeitsrechtlichen Gesetzesentwurfs mit Nachdruck der Forderung nach einem Recht auf politischen Streik stellen und weiter den Schulterschluss mit Gewerkschaftlern wie Veit Wilhelmy suchen.

Steffen Hultsch

„Frauenpolitik im Spiegel der Macht“ ...



... war das Motto der diesjährigen Frauenwoche und auch des Gesprächs zwischen Anita Tack, MdL DIE LINKE und Prof. Dr. Sabine Kunst sowie Karin Schröter in der Reihe „Potsdamer Profile“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wie zu sehen ist, kam auch das Lachen nicht zu kurz. Die Präsidentin der Universität Potsdam und die Vorsitzende des Kulturausschusses der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung berichten aus ihrem Leben und ihrer Arbeit. Kunststudierende der Potsdamer Universität nutzten die Gelegenheit, um gegenüber der Präsidentin gegen die vorgesehene Abwicklung ihres Studienganges zu protestieren.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam: Günther Waschkuhn, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam Bernd Martin (V.i.S.d.P.); Rainer Dyk, Redakteur; H. Jo. Eggstein, Layout; Jens Hörnig, Reisen, Service; Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

(Fortsetzung von SEITE 1)

Grundgesetz, steht: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

In Artikel 14, Absatz 3 sieht das Grundgesetz ausdrücklich die Möglichkeit einer Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit

vor. DIE LINKE drängt seit längerem darauf, zur Sicherung des Allgemeinwohls auch diesen Schritt zu gehen, wenn eine gütliche Einigung nicht möglich ist. Dieser Zeitpunkt ist nach meiner Ansicht und offensichtlich auch nach Auffassung des Oberbürgermeisters jetzt erreicht.

Ich plädiere dafür, dass die

Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, sich im Rahmen eines Bürgerbegehrens mit ihrer Unterschrift für das freie Ufer am Griebnitzsee einzusetzen. Wenn sich mindestens zehn Prozent aller wahlberechtigten Potsdamerinnen und Potsdamer diesem Bürgerbegehren anschließen, erhalten

der Oberbürgermeister und die Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Auftrag, der sie in ihrem weiteren Handeln legitimiert und auch für das Innenministerium als Enteignungsbehörde nicht ohne Wirkung bleiben dürfte.

Hans-Jürgen Scharfenberg

Die Kommunen und die EU – Europa beginnt vor der Haustür!

von Gerlinde Stobrawa, Europapolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE

Obwohl Brüssel und Straßburg relativ weit von Brandenburg entfernt sind, haben 70 bis 80 Prozent der dort getroffenen Entscheidungen unmittelbare Wirkung auf das Leben hierzulande: Wenn das Licht eingeschaltet wird, kommt die EU aus der Steckdose, weil die Stromdurchleitungsrechte durch die EU gewährleistet sind. Beim Aufdrehen des Wasserhahns können die Bürgerinnen und Bürger in jedem Mitgliedsstaat sicher sein, dass Trinkwasserqualität durch die Gemeinschaft gewährleistet ist. Auf Lebensmittelverpackungen finden sie die Angaben über Inhaltsstoffe und Produzenten, so wie sie auf europäischer Ebene festgelegt wurden. Umweltbewusstem Busfahren liegen die gleichen europäischen Sicherheitsbestimmungen zugrunde, gleichgültig ob in Spanien oder in Deutschland. Gemeinde- und Stadträte haben sehr oft in ihren Entscheidungen Rahmenbedingungen zu beachten, die durch EU-Recht vorbestimmt sind. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird wesentlich durch Richtlinien zur Gewährung der Wettbewerbs-, Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit beeinflusst.

Nicht wenige Entscheidungen machen den hiesigen Mehrheitspolitikern Dampf unter dem sprichwörtlichen H... Nicht verschwiegen werden darf aber auch:



EU-Politik hat nicht selten negative Wirkungen.

Und das betrifft dann nicht nur die Krümmung der Gurke, die im vergangenen Jahr – gegen den Widerstand Deutschlands – als EU-Norm abgeschafft wurde. Vor allem sind es die Binnenmarktregeln, die negative Auswirkungen auch und gerade auf die Gestaltung von Kommunalpolitik in unseren Städten und Gemeinden haben.

Europa mischt mit. Die EU beeinflusst maßgeblich Entwicklungen in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, ÖPNV, Wohnen sowie Krankenhäuser. Die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge werden zunehmend nach

dem Willen der EU privatisiert. Auch in anderen Bereichen meldet sich die EU zu Wort. Denken wir etwa an die Pflicht der Kommunen, die Vergabe von Aufträgen grundsätzlich europaweit auszusprechen. Dabei sollten Kommunalpolitiker wie Bürger gründlich prüfen, was die EU denn wirklich vorschreibt – nicht selten nehmen Landräte oder Bürgermeister die EU in Haftung, wenn sie eigene politische Ziele umsetzen wollen.

Nicht überall, wo EU drauf steht, ist auch EU drin.

Den Kommunen Dampf machen hingegen können Gerichte, z.B. wenn es um die Einhaltung der EU-Arbeitsrichtlinie geht, die bisher

Höchstarbeitszeiten von 48 Stunden pro Woche vorschreibt. Auch für die kommunalen Betriebe und Einrichtungen. So waren fünf Angehörige einer Berufsfeuerwehr im März vor einem Verwaltungsgericht erfolgreich – sie hatten jahrelang Dienst und Bereitschaftsdienst in Höhe von 55 Wochenstunden abgeleistet. Dafür bekamen sie nun einen Freizeitausgleich bis zu 275 Stunden zugesprochen. Gerade weil solcherlei Urteile von Gerichten nicht selten sind, haben die Mitgliedsstaaten die EU-Arbeitszeitrichtlinie ins Visier genommen: Sie wollen die 48-Stunden-Regelung aufweichen. Die Mehrheit des Europäischen Parlaments hat sich bisher erfolgreich dagegen gewehrt, den Mitgliedsstaaten Ausnahmeregelungen bis zu 65 Wochenstunden zu erlauben. Kommt es bis zum Ende der laufenden Wahlperiode zu keinem Kompromiss, gilt die bisherige Regelung weiter, und in den Mitgliedsstaaten sind Neuregelungen für die Anrechnung von Bereitschaftszeiten auch in kommunalen Einrichtungen notwendig.

Europa, genauer die EU, ist in den Kommunen aber auch über zahlreiche Förderprogramme präsent. Seit 1990 entstanden mit europäischer Unterstützung Infrastrukturprojekte, wurden wirtschaftliche Ansiedlungen und Kooperatio-

nen gefördert, Arbeitslose qualifiziert und wieder in Arbeit gebracht, der ländliche Raum entwickelt, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen auf den Weg gebracht und eine häufig kleinteilige grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Oder und Neiße organisiert. In der jetzigen siebenjährigen Förderperiode werden bis 2013 erneut 3 Mrd. Euro nach Brandenburg fließen. Die Rahmenbedingungen für deren Einsatz werden maßgeblich im Land bestimmt – die Spielräume für eine Landesstrategie sind nicht nur gegeben, die EU verbindet ihre Förderung von strukturschwachen Regionen mit dieser Forderung.

Die Fakten sind überzeugend: Die EU hat großen Einfluss auf das, was in unseren Städten und Gemeinden passiert. Und dennoch messen die Bürgerinnen und Bürger der EU-Politik oftmals nicht die gleiche Bedeutung zu wie Entscheidungen auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene.

Im Vorfeld der Europawahlen sollten wir einen Beitrag dazu leisten, dass hier ein Umdenken in Gang gesetzt wird: Europa, die EU beginnt vor unserer Haustür. Deshalb lohnt es sich, am 7. Juni seine Stimme für das Europaparlament abzugeben. Am besten für DIE LINKE!



Briefwahl: So einfach geht's:

www.wahlen.brandenburg.de

Per Brief wählen geht ganz einfach. Den Antrag dazu kann man jetzt schon stellen, dann kommen die Unterlagen ins Haus.

Man beantragt einen Wahlschein bei seiner Heimatgemeinde, in deren Wählerverzeichnis man eingetragen ist. Das geht persönlich, per Brief, per Telegramm, per Fax, per E-Mail, aber nicht telefonisch. Das Innenministerium hat das Verfahren zur Europawahl noch weiter erleichtert: Unter www.wahlen.brandenburg.de finden Sie ein Formular, das am Computer ausgefüllt werden kann und dann an die zuständige Behörde weitergeleitet wird. Schon ist der Antrag auf dem Weg.

Behinderte können dafür auch die Hilfe von anderen in Anspruch nehmen. Diese müssen hierzu eine schriftliche Vollmacht vorweisen. Der Antragsteller muss Familiennamen, Vor-

namen, Geburtsdatum und seine Wohnanschrift angeben.

Letzter Termin für die Beantragung von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen ist 2 Tage vor der Wahl, also Freitag, der 5. Juni 2009, 18.00 Uhr. In Ausnahmefällen (wie plötzlicher Krankheit) ist die Beantragung noch bis um 15.00 Uhr am Wahlsonntag möglich.

Die Briefwähler erhalten mit den Unterlagen das Merkblatt mit Hinweisen über das weitere Verfahren. Und dann wählen (Sie haben nur eine Stimme!), Stimmzettel in blauen Umschlag stecken, zukleben, Erklärung auf dem Wahlschein unterschreiben, beides zusammen in den roten Briefumschlag tun und unfrankiert in einen Post-Briefkasten stecken.

Das war's, so einfach kann man wählen.

Wegweiser für die Briefwahl

1. Stimmzettel persönlich ankreuzen. Sie haben **eine** Stimme. 
2. Stimmzettel in **blauen** Stimmzettelumschlag legen und zukleben. 
3. „Versicherung an Eides statt zur Briefwahl“ auf dem Wahlschein mit Ort, Datum und Unterschrift versehen. 
4. Wahlschein zusammen mit **blauem** Stimmzettelumschlag in den **roten** Wahlbriefumschlag stecken. 
5. **Roten** Wahlbriefumschlag zukleben, unfrankiert zur Deutschen Post AG geben (außerhalb der Bundesrepublik Deutschland: frankiert) oder in der darauf angegebenen Stelle abgeben. 

Beachten Sie bitte, dass der Stimmzettel **unbeobachtet** zu kennzeichnen und in den Stimmzettelumschlag zu legen ist!

Wohnungen blieben knapp trotz AWG

Mai 1954

Nach den Ereignissen um den 17. Juni 1953 hatte die Regierung der DDR und die SED einen neuen Kurs beschlossen, der auch die deutliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der DDR vorsah. Dazu zählten auch die der Wohnbedingungen. Ein Weg, das zu erreichen, schien die Gründung

von Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG). Vor allem Arbeiter konnten Mitglied dieser Genossenschaften werden und durch eigene Leistungen am Bau dazu beitragen, die Wohnungen schneller und in besserer Qualität fertigzustellen. In Potsdam wurde am 18. Mai 1954 die erste AWG

gegründet, die – wer hätte anderes vermutet – den Namen „Karl Marx“ erhielt. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Kollege Enders, 2. Vorsitzender Kollege Girbert, die Vorstandsmitglieder Kollege Bleek und Kollege Machurig sowie der Kollege Werl-Schaepe als Schriftführer. Die Mitglieds-

nummer 1 erhielt Walter Machurig. Bereits einen Monat nach Gründung hatte die AWG „Karl Marx“ 60 Mitglieder.

Das DDR-typische Wohnungsproblem lösten die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften allerdings nicht. Wohnungen blieben bis zum Ende der DDR knapp. -rt

Seltenes Sende-Jubiläum

Mai 1969

„Das musikalische Abc“

Radio DDR, Sender Potsdam, strahlte am 08. Mai 1969 erstmalig eine Sendung aus, die schon bald ihre Liebhaber – und nicht nur in Potsdam – gefunden hatte: „Das musikalische Abc“. Herz und Seele dieser Sendung war der Musikredak-

teur Alfred Rossow. Wie beliebt diese monatlich ausgestrahlte Sendung gewesen sein muss, beweist die Tatsache, dass am 12. August 1984 bereits die 200. ausgestrahlt wurde, ein in der Tat seltenes Jubiläum bei Unterhaltungssendungen.

Was hatte die Sendung so be-

liebt gemacht, worin lag das Geheimnis ihres Erfolges? Die „Märkische Volksstimme“ vom 12. August 1984 brachte es auf den Punkt: „Anliegen dieser Sendung war und ist es, an die ‚ernste‘ oder sogenannte schwere Musik heranzuführen. Es geht darum, Komponisten

und ihre Werke vorzustellen, die Entwicklung von Musikinstrumenten zu erläutern, Vortragsbezeichnungen wie adagio oder molto vivace zu erklären, kurzum, unterhaltsame Musikgeschichte mit entsprechenden Klangbeispielen zu bringen.“

Erste internationale Auszeichnung für die DEFA

Mai 1959

Am 15. Mai 1959 wurde beim Internationalen Filmfestival in Cannes erstmals ein Spielfilm der DEFA ausgezeichnet. Es war der in bulgarischer Koproduktion entstandene Film „Sterne“ in der Regie von Konrad Wolf. Angel Wagenstein schrieb das Buch und Werner Bergmann

führte die Kamera. Als Darsteller wirkten u.a. mit: Sascha Kruscharska, Jürgen Frohriep, Erik S. Klein und Stefan Pejtschew.

Der am 27. März 1959 zur Premiere gebrachte Film erzählt folgende Geschichte: Drei Tage im Jahr 1943: Wehrmachtssun-

teroffizier Walter, früher als Künstler tätig und nun in einer bulgarischen Stadt stationiert, trifft auf die griechische Jüdin Ruth. Zusammen mit anderen Juden soll sie nach Auschwitz deportiert werden. Nach anfänglichem Desinteresse entwickelt sich bei Walter eine Ein-

sicht über die deutschen Verbrechen, denen er dient und deren Opfer Ruth zu werden droht. Zwischen beiden entsteht eine leise, aber hoffnungslose Liebe...

Das war der erste international geehrte DEFA-Film – doch lange nicht der letzte!



„Die Rote Fahne“ – und sie erscheint doch!

Mai 1934

Sie waren einfach nicht mündig zu machen, die Kommunisten! Im Juni 1933 war wieder eine Nummer der „Roten Fahne“ erschienen, obwohl Deutschland seit dem 01. Januar von den Nationalsozialisten regiert wurde. Und schon am 28. Februar 1933 war das Er-

scheinen kommunistischer Presseerzeugnisse verboten worden. Und doch war die 19. Ausgabe der „Roten Fahne“ des Jahres 1933 erschienen!

Dann wurden aber doch zwei an diesem Druck beteiligte Kommunisten gefasst – der Schriftsetzer Rudolf Schuster

aus Nowawes und der Buchdrucker Artur Pätzold. Gegen beide wurde hart vorgegangen. Am 04. Mai 1934 verurteilte der 5. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig beide „...wegen Beihilfe zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Tateinheit mit Zuwi-

derhandlung gegen das Pressegesetz...“ – so die „Potsdamer Tageszeitung“ – zu je zwei Jahren Gefängnis.

Doch „Die Rote Fahne“ lebte und wirkte weiter. Erst mit Beginn des zweiten Weltkriegs wurde der reguläre Druck eingestellt.

Mehr soziale Gerechtigkeit für unsere Stadt

Standpunkt der LINKEN in der Haushaltsdebatte 2009/Von Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL, SVV-Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Ende Januar hat der Oberbürgermeister den ersten Haushalt in der neuen Wahlperiode vorgelegt. Die Beratung war unspektakulär. Das liegt aber sicher daran, dass der Oberbürgermeister einerseits von stabilen Mehrheiten in Form seiner Rathauskooperation ausgeht und meint, sich nicht besonders anstrengen zu müssen. Aber zweifellos zeigt sich auch, dass eine gründliche, eigenständige Befassung der Stadtverordneten mit dem doppelten Haushalt schwierig ist.

Die Vermischung des Haushalts mit dem Konjunkturpaket ist eine zusätzliche Herausforderung, die allerdings auch zeigt, dass die Landeshauptstadt über Fragen der qualitativen Ausgestaltung diskutieren kann, während viele andere Kommunen existenzielle Fragen stellen müssen.

Erfreulich ist, dass die Sanierung der Schulen und Kitas durch den von uns herbeigeführten Begleitbeschluss zum Landtagsneubau höchste Priorität erhalten hat und nach dem ersten Beschluss der neuen Stadtverordnetenversammlung noch in dieser Wahlperiode abgearbeitet werden soll. Der Einsatz hat sich gelohnt, denn diese Investitionen in die Zukunft unserer Kinder sind nachhaltig im besten Sinne des Wortes.

Erfreulich ist auch, dass für Waschhaus und Lindenspark nachgesteuert worden ist, ohne dass die Stadtverordneten auf die Barrikade gehen mussten, wenn auch die Frage erlaubt sein muss, wo der Kämmerer seine stillen Reserven hat.

Für andere Investitionen gilt diese positive Bewertung nicht. Skandalös ist der Umgang des Oberbürgermeisters mit den städtischen Mehrausgaben für Humboldtbrücke und Nutheschneelstraße. Statt einer offenen sachlichen Information ist versucht worden, die Stadtverordneten hinter Licht zu führen. Trotz wiederholter und intensiver Nachfragen sind wir nicht über den erfolgten Transfer von Mitteln aus dem KIS, die durch Konjunkturpaketmittel ersetzt worden sind, in Mittel für den Straßenbau informiert worden. Praktisch bedeutete das etwa drei Millionen weniger für die Schul- und Kitasanierung. Nach harschen Protesten sind die geplanten Erweiterungsmaßnahmen der Schule in Eiche, wie sie im ursprünglichen Entwurf des Wirtschaftsplanes des KIS enthalten waren, wieder gesichert.

Wie selbstverständlich und ohne irgendwelche Hinweise an die Stadtverordneten hat der Oberbürgermeister allein in diesem Jahr 125.000 Euro städtische Eigenmittel für den Stadtkanal eingestellt. Damit ist dieses umstrittene Vorhaben tatsächlich zur Chefsache gemacht worden, während die Diskussion um die von den LINKEN aufgezeigte Ersatzlösung für Spartacus und S13 in der Friedrich-Engels-Straße vom gleichen Oberbürgermeister sehr distanziert kommentiert wurde. Wir fordern mit einem Antrag die Streichung der städtischen Eigenmittel für den Stadtkanal, der aus unserer Sicht kein aktuelles und vordringliches städtisches Anliegen ist.

Auch für die Potsdamer historische Mitte scheint es keine Engpässe und Schwierigkeiten zu geben. Problemlos werden die Millionen bereitgestellt. Das stößt auf viel Unverständnis in der Bevölkerung, denn einerseits ist immer wieder von einer schwierigen Finanzsituation und dem Erfordernis strikter Sparsamkeit die Rede. Andererseits scheint das aber nicht für alle Bereiche gleichermaßen zu gelten, werden umstrittene Prioritäten durchgedrückt.

Vor diesem Hintergrund haben wir unsere Anträge zur Veränderung des Haushaltsplanes gestellt. Unsere Grundrichtung ist dabei, konkrete Schritte zu mehr sozialer Gerechtigkeit in unserer schönen und reichen Stadt zu gehen.

Erstens: Wir wollen mit diesem Haushalt absichern, dass ab September mit dem neuen Schuljahr für sozial bedürftige Schülerinnen und Schüler das Schulessen



kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Das ist nicht der erste Anlauf. Jedoch ergibt sich aus dem Zwischenbericht zum Monitoring dringender Handlungsbedarf. Wenn mehr als 100 der Teilnehmer an der Befragung signalisieren, dass sie sich das ermäßigte Schulessen nicht leisten können, dann muss ganz schnell und ohne Hürden geholfen werden. Auch die Tatsache, dass nur etwa ein Drittel der Zielgruppe ermäßigtes Schulessen in Anspruch nimmt, ist alles andere als befriedigend. Allein an der Priesterwegschule nehmen mittlerweile mehr als 200 Kinder am kostenlosen Schulessen teil, das seit September vergangenen Jahres angeboten wird.

Zweitens: Ein weiterer Antrag der Linken bezieht sich auf den Betreuungsschlüssel in den Kitas. Hier besteht große Einigkeit darüber, dass dieser Schlüssel günstiger gestaltet werden muss. Wir wollen aber nicht warten, bis sich auf Landes- und Bundesebene etwas getan hat, sondern wollen mit der Kraft der Stadt in einem ersten Schritt die Situation in Kitas mit schwieriger sozialer Situation verbessern. Dazu zählen für uns die Kitas am Schlaatz. Wir meinen, dass es ein gutes Signal im Rahmen des noch zu erstellenden Begleitprogramms zum Umzug des Asylbewerberheims wäre, wenn z.B. in der Kita Zauberland die Erzieherinnen sich mehr um die einzelnen Kinder kümmern könnten, die aus schwierigen sozialen Verhältnissen kommen.

Drittens: Wir nehmen die Empfehlungen des Bürgerhaushalts ernst und wollen einen ersten Schritt zur Einführung der kostenlosen Schülerbeförderung gehen. Ich appelliere insbesondere an die Grünen, ihren radikalen Erklärungen reale Taten folgen zu lassen. Ansonsten müssen sie sich vorwerfen lassen, kläglich eingeknickt zu sein, denn der bescheidene Prüfauftrag gibt nicht viel her.

Wir beantragen eine Aufwertung des Zinssubventionsprogramms als konkrete städtische Maßnahme zur Konjunkturförderung für kleine Unternehmen,

indem dieses Programm von 20.000 auf 40.000 Euro erhöht wird.

Mit 5000 Euro mehr wäre dem offenen Kunstverein viel geholfen, denn diese Summe ist ihm vor zwei Jahren entzogen worden. Auch dazu fordere ich insbesondere die Grünen auf, ihre Ankündigung selbst ernst zu nehmen und dieser Erhöhung zuzustimmen. Die Finanzierung kann über die gegenwärtig nicht besetzte Personalstelle der Beigeordneten gesichert werden.

Es ist ein Unding, dass der Stadthaushalt mit einer Gewinnabführung der Pro Potsdam gespeist wird, die vermutlich aus den Mieteinnahmen der Gewoba erzielt wurde. Wir wollen nicht, dass die Mieten der Gewoba über den Stadthaushalt hoch getrieben werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass in den Haushalt 2009 Haushaltsstellen für die stufenweise Realisierung des Jugendsoziokulturprojekts Freiland in der Friedrich-Engels-Straße eingestellt werden.

Weitere Anträge von uns beziehen sich auf den Einstieg in die überfällige Sanierung des Naturkundemuseums und die Umsetzung in den nächsten Jahren. Hier erinnere ich an die Abstimmungen im Kulturausschuss.

DIE LINKE schlägt mit einem haushaltsbegleitenden Beschluss die Bereitstellung eines Investitionszuschusses für das neu zu bauende Tierheim in Potsdam vor.

Nicht zuletzt halten wir es auch für erforderlich, im Zeitraum bis 2012 die notwendigen Eigenmittel für die Inanspruchnahme des UNESCO-Welterbeprogramms einzustellen.

Finanziert werden könnten unsere Forderungen zum Beispiel über die Erhöhung der zu erwartenden Einnahmen aus der Einkommenssteuer sowie über nicht besetzte Personalstellen.

Wir weisen mit unseren Anträgen auf unübersehbare Fehlstellen in diesem Haushalt hin. Wir weisen zugleich nach, dass es Finanzierungsmöglichkeiten für diese Anliegen gibt, die in einem vertretbaren Rahmen liegen.

Ich bin unheimlich glücklich an meiner Schule

Interview mit dem Schulleiter des Leibniz-Gymnasiums, Oberstudienrat Uwe Schmidt

Herr Schmidt, seit Ende des vergangenen Jahres leiten Sie das Leibniz-Gymnasium im Stadtteil Am Stern. Was haben Sie an Ihrem ersten Arbeitstag getan?

U. Schmidt: Am 3. November 2008, meinem ersten Tag am Leibniz-Gymnasium, wurde ich von allen Schülerinnen und Schülern, dem Lehrerkollegium auf einer Schülervollversammlung in der Turnhalle der Schule sehr herzlich begrüßt. Mit dem

Überziehen des „Leibniz-Gymnasiums“, einem T-Shirt in der Größe „S“ (sehr vorteilhaft von den Schülern eingeschätzt) wurde ich offizieller „Leibnizer“. Am gleichen Tag gab ich für alle Lehrer des Kollegiums meinen Einstand und hatte nicht nur zu diesem Anlass das Gefühl, dass ich sehnheldest erwartet wurde. Immerhin, die Schule wurde über anderthalb Jahre lang kommissarisch geleitet, der Beginn des Schuljahres lag mehrere Wochen zurück.

Mitten im laufenden Schulhalbjahr begann meine Arbeit. Seitdem blicken wir gemeinsam nach vorn.

Übrigens, weder am ersten Tag noch in der ersten Arbeitswoche kam ich dazu, meine Umzugskartons mit persönlichen und dienstlichen Dingen auszupacken.

Welche ersten Aufgaben haben Sie sich für das Schuljahr 2009/2010 gestellt?

U. Schmidt: Wie bereits gesagt, ich übernahm die Schule in einer komplizierten Situation. Die Sanierung lief auf Hochtouren, das Schuljahr hatte begonnen. Dennoch, ich hatte mir nach Gesprächen und der Vermittlung eines ersten Eindruckes über die Schule ein ehrgeiziges Ziel gestellt: Möglichst rasch wollte ich eine veränderte schulinterne Struktur aufbauen. So war meine erste Dienstweisung zum Umbau der schulinternen Struktur verbunden mit der Bildung von Lehrerteams, die neben der Unterrichtstätigkeit ihre Arbeit aufnehmen sollten. Möglichst viele Lehrer sollten einbezogen werden. Inzwischen arbeiten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen in 6 Arbeitsgruppen. Es ist mir wichtig, diese Arbeitsgruppen und ihre Schwerpunkte vorzustellen, da sie von allen Beteiligten mit viel Herzblut und Engagement durchgeführt werden:

1.) Verwaltungsoptimierung

Einrichtung einer schulinternen Formularbox, Vereinheitlichung von Formularen zur Beseitigung der Zettelwirtschaft.

Nutzung der Formularbox von Lehrern, Schülern und Eltern.

2.) Schulinterne Höhepunkte

Begleitung der Vorbereitung traditioneller Höhepunkte durch die Klassenstufen am Leibniz-Gymnasium durch verantwortliche Lehrkräfte, z. B. 11.11. in Verantwortung der 11. Klassen; Winterball in Verantwortung der 12. Klassen; Abiball in Verantwortung der 12./13. Klassen.

3.) Schulgestaltung

Schulbereiche wie Klassenräume, Lehrerzimmer, Schülerclub, Terrassenbereiche und auch das Zimmer des Schulleiters sollen gestalterisch so ausgestattet sein, dass sie zum Verweilen einladen.

Arbeiten der Schüler finden hier ihren Platz.

Widerspruch: Die Auflagen der Brandschutzbestimmungen stehen hier im Widerspruch zum Schulanspruch. Schule soll Lebens- und Arbeits- und Identifikationsraum sein.

4.) Leistungs- und Begabungsklassen (ehemalige Leistungsprofilklassen)

LuB-Klassen als Standortvorteil für die Schule.

Einfluss der Leistungsprofilklassen; Erfahrungswerte.

Integration im Projekt „Reformzeit“.

5.) Kooperation Grundschulen

Abschluss einer übergreifenden Kooperationsvereinbarung mit 5 Grundschulen in Potsdam (Griebnitzsee-, Pappelhain-, Weidenhof-, Kirchsteigfeld- und Priesterweg-Grundschule).

Erarbeitung eines Kooperationskalenders für das Schuljahr.

Gegenseitiger Gedankenaustausch auf Schüler-Schüler- wie Lehrer-Lehrer-Ebene.

Die Verabschiedung der Kooperationsvereinbarung soll bis zum Ende des Schuljahres erfolgen. Wir werden dazu alle fünf Grundschulen und die Presse einladen. Umrahmt wird dieses Projekt, so meine Vorstellung, von einem kulturellen Programm.

Die sechste und auch nicht unwichtigste Arbeitsgruppe hat den Titel:

6.) Öffentlichkeitsarbeit und Marketing

Sichten, Wichten von guten Voraussetzungen und Reserven Diskussion in den Fachkonferenzen der Lehrkräfte.

Umsetzung von Projekten auf der Ebene der Fachkonferenzen.

Dokumentation der Projekte. Pressetermini mit Ergebnissen/Veröffentlichung auf der Internetseite der Schule.

Beispielhaft kann ich hier das Kunstprojekt in Zusammenarbeit mit dem Pflegeheim „Kursana“ erwähnen.

Inzwischen wird in allen Teams gearbeitet. Regelmäßig diskutieren wir in den Gruppen das Erreichte, hinterfragen uns kritisch. In jeder Lehrerkonferenz erfolgt durch je einen Vertreter ein Kurzbericht für alle Kollegen. Demnächst wird es auf den Schulkonferenzen einen Informationsaustausch mit den gewählten Eltern- und



Zukunft denken.

Gute Bildung ist die Zukunft unserer Kinder. Wir wollen »eine Schule für alle« und Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Universität.

www.hier-und-in-europa.de

DIE LINKE.

Schülervertretern geben. Ich denke, die Entscheidung für diese Form der Aufarbeitung und Weiterentwicklung von Zielen und Schwerpunkten in unserer Schule waren der richtige Weg. Erste Erfolge sind spürbar.

Erste Erfolge? Können Sie ein Beispiel nennen?

U. Schmidt: Selbstverständlich. Noch im letzten Jahr wurde unsere Schule von „nur“ 24 Schülern im Ü7-Verfahren im Erstwunsch angewählt. In diesem Jahr sind es bereits über 90 Schüler. Beinahe eine Verdreifachung. Und die Gründe liegen nach unserer ersten Einschätzung nicht nur in der sanierten Schule. Die Idee des Schulcampus an sich, die Vernetzung von gymnasialer Bildung in Einheit von musischen und sportlichen Angeboten vor Ort, das alles sind ebenso Gründe zur Entscheidung für unser Gymnasium, wie das Grüne Freizeitband und die enge Zusammenarbeit mit der Stern-Kirche. Bildung allein reicht Eltern und Schülern heute nicht mehr aus. Die ganzheitliche Entwicklung unserer Jugend steht im Mittelpunkt unseres Herangehens hier im Wohngebiet. So bieten wir in an unserer Schule ein duales Profil an, welches dem Schüler erlaubt, sich in den ersten beiden Schuljahren „auszuprobieren“. Wo liegen meine Stärken, bin ich der musisch-künstlerische oder mehr der naturwissenschaftliche Typ? Erst in Klassenstufe 9 fällt eine Entscheidung. Viele Eltern haben



mir in den über 180 Gesprächen in den vergangenen Monaten mitgeteilt, dass ihnen der familiäre Umgang an unserer Schule positiv auffällt. Toleranz und Freundlichkeit im alltäglichen Umgang zwischen Lehrern, Schülern und Eltern sind das A und O an unserer Schule. Wir können mit Stolz behaupten, dass wir eine internationale Schülergemeinschaft haben. Gewalt und Fremdenhass haben hier keinen Platz. Meine Kollegen fühlen sich hier genauso wohl wie die Schüler.

Miteinander bringen wir unseren Campus voran. Und das wird auch nach Abschluss des Gesamtprojektes zwischen allen Einrichtungen im Mittelpunkt unserer gemeinsamen Arbeit stehen. Dafür legen wir bereits heute den Grundstein.

Anfangs stand ich als neuer Schulleiter noch fast allein da mit meinem Ehrgeiz, die Schule aufs Siebertreppchen zu bringen. Heute ziehen Kollegen, Schüler und Eltern gemeinsam an diesem Strang. Der Funke der Campus-Idee ist überge-

sprungen. Jetzt gilt es den in der Idee liegenden Schatz zu heben. Wir sind dabei und freuen uns auf jeden Mitstreiter.

Herr Schmidt, ich möchte mich ganz herzlich auch im Namen der Eltern, Schüler und Lehrer für Ihre bisher geleistete Arbeit bedanken und wünsche Ihnen allen viel Erfolg und Kraft für die vor uns liegenden Jahre.

*Das Gespräch führte
Jana Schulze.
Fotos: Drescher*

Mit der Kamera unterwegs



Vor ca. einem Jahr kündigte die Verwaltung auf Anfrage an, dass die geschlossene ARAL-Tankstelle gegenüber von „porta“ eine adäquate Nachnutzung erfahren wird. Nun ist sie da: Ein Blumen- und Pflanzenverkauf. Preiswert können hier Stauden, Hecken- und andere Gartenpflanzen erworben werden. Zurzeit können Sie dort auch frischen Beelitzer Spargel kaufen.



Lange war die „Hühnerküche“ von Kentucky-Fried-Chicken leer. Ist sie eigentlich immer noch, bis auf die Stühle und Tische und das Schild am ehemaligen Eingang. Das BlauArt wird dort als neuer Nutzer angezeigt. Fragt sich nur, was der Eigentümer mit seiner neuen Immobilie gleich neben der Shell-Tankstelle an der Auffahrt zur Nuthe-Schnellstraße anfangen wird?!



Wenn man ein paar Tage aus dem „Verkehr“ gezogen wurde (Krankenhausaufenthalt) freut man sich, wieder mal einen Spaziergang an der frischen Luft machen zu können. Und dieser Spaziergang führte mich durch meinen Kiez rund um den Kepler-Platz. Schon vom Fenster aus war zu sehen, dass das Grünflächenamt die Hochbeete bunt bepflanzt hatte – Frühling und Ostern konnten kommen. Es tut weh, wenn man noch am Pflanztag sehen musste, wie eine Bürgerin sich an den Pflanzen „bediente“. Das-sich-am-Eigentum-anderer-zu-bedienen, und seien es Stiefmütterchen, ist in unserer Gesellschaft wohl selbstverständlich geworden. Ich wünschte mir, auch andere Bürger hätten diesen Frevel unterbunden, damit alle Bürger sich an den Pflanzen erfreuen können.

Nun zum Kepler-Platz selber: Für mehrere Hunderttausende Euro war dieser ja umgestaltet worden. Elektro- und Wasseran-

Ein kritischer Osterspaziergang

schlüsse wurden unter den Platz verlegt und konnten bei Bedarf hochgekurbelt werden. Damit hatten die Händler auf dem Platz attraktive Bedingungen – hatten, denn nach kurzer Zeit führten meterlange Stromkabel wieder zu einem entfernt liegenden Stromverteiler. Die Händler befragt: Die unterirdischen Anschlüsse sind defekt. Dann wurden sie auf meinen Hinweis repariert, aber trotzdem nicht genutzt, bis mir ein Mitarbeiter der Stadt erklärte, dass die Händler diese Anschlüsse nicht wollten, da deren Nutzung zusätzlich Geld kostet, weil die Stadt für Pflege und Wartung ja auch Geld benötigt. Und die nächste Frage, die sich daraus ergibt: wes-

halb hat man die Anlage denn installiert? Antwort: Das Geld kam ja vom Land – warum sollte man es nicht nehmen! Da freut sich also die SPD-regierte Stadt dem SPD-regierten Land, das auch über fehlende Mittel klagt, was abgeluchst zu haben, was man nicht benötigt, und der Bürger stolpert weiter über endlos lange Kabel... Auch sonst macht der Platz einen chs aus den Rinnen gekratzt... apropos die Stelen, die mir gut gefallen (über Aussehen lässt sich bekanntlich trefflich streiten), ich bin ihnen dankbar: da sie anstatt den Platz auszu-leuchten viel Licht nach oben schicken, spare ich, am Platz wohnend, viel Strom. Zum Platz gehört auch die Kindereinrichtung STIBB, deren Gebäude nach einem Brand liebevoll wieder hergerichtet wurde. Leider sollte das Kunstdenkmal „Schwebendes Paar“ aus Metall an der Giebelseite „kontrolliert verfallen“. Mein Einspruch dagegen im Stadtparlament wurde in den Kulturausschuss verwiesen, der wiederum Sachverständige einschaltete, die bewiesen, dass es sich tatsächlich um ein Denkmal handele. Also muss es bewahrt werden (obwohl es aus DDR-Zeiten stammt). Nun wurden zwei der Platten im Auftrage des KIS abgeschraubt und untersucht, die Untersuchung scheint wohl Generationen zu dauern – es wäre schön, wenn sich der Kulturausschuss zum Stand der

Dinge informieren ließe.

Dass die ehemalige minimal-Kaufhalle noch immer leersteht, ist für jeden ersichtlich. Im Stadtparlament gab es dazu Debatten etc. Mein Wunsch war es, das Gebäude als Teil des Platz-Ensembles für Sport und kulturelle Zwecke zu nutzen, andere Stadtverordnete forderten ihren Abriss, dies, obwohl

Jugendlichen holten sich ihre harten Getränke lieber in der neben liegenden Kaufhalle und feierten ihre Party vor dem Café, so dass sich Bürger nicht mehr nachts über den Platz wagten. Wir wollten als Bürger dort eine andere Versorgungsleistung und keinen Leerstand wie jetzt praktiziert.

Lassen Sie mich den Oster-



Fotos: Drescher



die Stadt ursprünglich einen Neubau als Aula für die Schulen unweit neu errichten wollte. Auch hierüber kann man trefflich debattieren. Was mich immer wieder stört, ist der durch die Stadt geduldete Zustand der Halle – irgendwo im Grundgesetz wird der Eigentümer auch zum Gemeinwohl verpflichtet.

Dass der ehemalige Blumenladen und seit Jahresbeginn auch das Musik-Café leer stehen – ist ebenfalls traurige Tatsache. Speziell um das Café (das nie eins war) ranken sich Erlebnisse: Mit Striptease und 1-Euro-Saufen wollte der Pächter ein frohes Jugendleben veranstalten. Dies ging in die Hose: Die

spaziergang durch die Newtonstraße weiterführen: Sehr gut präsentiert sich das Kiezbad nach seiner Sanierung: Hierfür Dank an die Stadtwerke. Aber was dem Fußgänger an Sauberkeit am Übergang zum Stern-Center geboten wird, ist schon keine Schweinerei mehr, sondern deren Steigerung. Die Stadt hatte zum Neubau „porta“-zig Bedingungen gestellt, sie selber duldet den Zustand, für dessen Beseitigung sie selbst verantwortlich ist.

Zu Vorschlägen für eine neue Gestaltung der Newtonstraße werde ich mich nicht äußern, auch dies ist schon sehr lange im Gespräch.

Dieter Scharlock

Nicht nur reden, sondern handeln

LINKE für Trainingsmöglichkeiten des Boxvereins Babelsberg/BMW-Ehrl ist Miete-Sponsor für ein Jahr

Es hat sich herumgesprochen. Potsdam hat zwei Boxvereine: Motor Babelsberg, in der 1. Bundesliga zu Hause, und den Boxverein Babelsberg, der seine Nachwuchskämpfer gegenwärtig noch in dem einen oder anderen Turnier oder Einzelkampf starten lässt.

Beide gehörten einmal zusammen. Über die Gründe der Trennung will ich hier nicht schreiben – wohl aber über ein Problem, das danach entstand. Als ich davon erfuhr, trainierten die jungen Boxer in einem Provisorium am Kepler-Platz. Sparring war nicht möglich, der Raum unzureichend für wirkliches Training.

Von ihrer neuen Trainingsstätte erfuhr ich durch eine große Banden-Werbung unter dem Namen eines Fitness-Centers und durch einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung.

Der Antrag des SPD-Abgeordneten Schubert forderte den

Oberbürgermeister auf, zu prüfen, ob nicht eine Trainingsstätte für den Boxverein in Potsdam zu finden wäre. Nun, jeder, der sich mit den Sporthallen in Potsdam einigermaßen auskennt, weiß, dass solch eine Halle nur einmal existiert. Das ist die in die Jahre gekommene Motor-Sporthalle in Babelsberg. Die aber ist die Heimstätte des Boxvereins Motor.

Andere Hallen kommen nicht infrage, weil der Boxring, der aufgebaut werden muss, so viel Raum einnimmt, dass normaler Schulsport oder andere Sportarten keinen ausreichenden Platz mehr finden würden.

Das ist nun in einem Teil des Fitness-Centers gelöst. Noch immer unzureichend, aber es kann trainiert werden.

Zur Raumfrage kommt jedoch ein weiteres Problem. Während die anderen Sportvereine in Potsdam ihre Sportstätten kostenlos nutzen, ist das für den Boxverein nicht möglich. Die



Fotos: Drescher

Miete für die Fläche ist fällig – Monat für Monat.

Also haben wir als Linksfraktion den Antrag gestellt, „wenn schon keine Halle, dann vielleicht eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt“. Es geht um 2.400 Euro – mit denen die mietfreie Nutzung der Fläche im Fitness-Center für ein Jahr gesichert werden könnte, ohne für die Mitglieder des Vereins die Beiträge zu erhöhen.

Das wurde von der Verwaltung geprüft – und im Ausschuss wortreich abgelehnt.

Damit waren die Vertreter der SPD-Fraktion zufrieden. Ihr Antrag sei „durch Verwaltungshandeln erledigt“ erklärten sie. Den betroffenen Sportlern das ins Gesicht zu sagen, hat sich

keiner getraut. Nach anderen Möglichkeiten zu suchen, fehlte offensichtlich die Zeit oder auch der Wille.

So ist das in der Politik. Die einen nehmen den Mund voll und lassen über ihre Aktivitäten schon in Zeitungen schreiben, bevor sich überhaupt etwas getan hat. Dann wird das Problem als „durch Verwaltungshandeln geklärt“ gemeldet. Das Problem besteht aber weiter – nur die Verwaltung hat keinen Grund genannt, warum sie es nicht lösen kann. Damit kann man sich zufrieden geben – muss man aber nicht. Weil mir die Lösung des Problems am Herzen lag, habe ich mich auf die Suche gemacht. Und ich bin fündig geworden.

Herr Ehrl vom BMW-Autohaus an der Nutheschneistraße, der schon die Wasserballer in Potsdam unterstützt, hat Hilfe für die Nachwuchssportler zugesagt. Er übernimmt für ein Jahr die Miete und sichert damit deren Trainingsmöglichkeiten. Ein Beitrag für den Nachwuchssport, der nicht hoch genug anerkannt werden kann. Das Problem ist damit zwar immer noch nicht gelöst, aber wir haben etwas Zeit gewonnen, die nun gemeinsam genutzt wird im Sinne des Sports, im Interesse junger Sportler und deren Trainer und Übungsleiter – und nicht im Sinne der Bürokratie und von Wichtigtuern, deren Waffe die Presseerklärung ist.

Rolf Kutzmutz



„Jeder ist sich selbst...“

Aktivitäten eines CDU-Stadtverordneten am Kirchsteigfeld/Alt-Drewitz

Im September 2008 fanden in Potsdam die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Auch die CDU trat mit bekannten und weniger bekannten Kandidaten an. Gewählt wurde auf Grund der damals auf der Tagesordnung der Christdemokraten stehenden Personalquerelen nur der bisherige Stadtverordnete, Herr Peter Lehmann. In seinem persönlichen Wahlprogramm stand unter anderem, dass er sich in der Wahlperiode bis 2014 für die Entwicklung von 75.000 Quadratmetern für Büro und Handel an der A 115 am Kirchsteigfeld einsetzen wird. Zum besseren Verständnis und genaueren Orientierung sei hier erwähnt, dass es sich um das Gewerbegebiet im Kirchsteigfeld ent-

lang der Ricarda-Huch-Straße handelt. Um eine bessere und die Anwohner des Kirchsteigfeldes nicht zu sehr belästigenden Zufahrt zum Gelände zu ermöglichen, bedarf es der Schaffung einer zentralen Verkehrsanbindung von der Trebbiner Straße her. Die sich dort befindlichen Waldgrundstücke gehören zum Großteil privaten Anliegern. Es müssten also Gespräche zwischen potenziellen Investoren oder Käufern des Grundstückes und privaten Eigentümern stattfinden. Verkaufsverträge müssten abgeschlossen werden. Der Anfang des Jahres eingeweihte Spielplatz an der Kirchstraße müsste unter Umständen wieder abgerissen werden.

Einige Zeit nach der Kommu-

nalwahl klingelte an den betroffenen Häusern der alte und neue Stadtverordnete Peter Lehmann – hier allerdings in seiner beruflichen Funktion als Bauingenieur – und bat um Gehör. Ziel seiner Klingeltour war nachweislich der Verkauf von Grundstücksanteilen an einen Interessenten oder ihn selbst.

Anfang dieses Jahres meldeten sich betroffene Bürger mit der Frage, wie es denn möglich sein könne, dass ein Stadtverordneter private Interessen mit politischen Schwerpunkten vernetzen könne. Sie hatten sich auf keine Verkaufsverhandlungen eingelassen. Es wurde ihnen empfohlen, sich Antworten auf ihre Fragen in der Einwohnerfragestunde der Stadtver-

ordnetenversammlung geben zu lassen.

Die entsprechenden Fragen liegen uns vor. Das Schreiben an das Büro der Stadtverordnetenversammlung ging raus, eine Einladung zur Einwohnerfragestunde blieb jedoch aus. Ein kleiner Formfehler war unterlaufen, es gab keinen konkreten Hinweis auf die Fragestunde im Anschreiben. Dafür antwortete der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und verwies in seiner Antwort auf ein Gespräch mit Herrn Lehmann. Erneute Irritation bei den betroffenen Eigentümern. Nach heutigem Sachstand haben seitdem keine erneuten Gespräche zwischen Anwohnern in Alt-Drewitz und Kaufinteressenten stattgefunden.

Wie hält es die SPD mit der LINKEN?

Gedanken nach dem Lesen von „Die Linke Versuchung – Wohin steuert die SPD?“ von Elke und Wolfgang Leonhard, 2009

Es ist 2009, Wahljahr, und die SPD entdeckt ihren sozialdemokratischen Kern. Das ist schön! Sie fordern eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen gleichwertige Lebenschancen haben, gesellschaftliche Leitern und bessere Sicherungen, die sie selbst unter dem Slogan Agenda 2010 ein-gerissen haben. Der einst von Bundesfinanzminister Hans Eichel deregulierte Finanzmarkt soll reguliert werden. Die Genossen der Bosse kümmern sich wieder um die Gewerkschaften und Arbeitnehmerinteressen, und sie fordern neue Strategien für Afghanistan. Ostern forderte Steinmeier sogar, „die Pläne für das Bombodrom fallenzulassen“, für das er als Chef des Bundeskanzleramtes unter Kanzler Schröder keinen Finger gerührt hatte. Rechtzeitig vor der Bundestagswahl hat die SPD erkannt, dass ihre Taktik der letzten elf Jahre gescheitert ist. Der Zeitgeist bläst kräftig von links und damit der bisherigen SPD-Politik entgegen. Mit linkem Aktionismus versucht man nun, verlor-ten gegangenen Terrain wieder zu gewinnen. Mit Erfolg? Wenn man den mittlerweile inflationär gebrauchten Umfragerwerten glauben schenken darf – nein.

Wahljahre sind auch Bücherjahre. Politiker oder Experten – jeder gibt sein Wissen zum Besten, jeder weiß, wo es lang zu gehen hat. In diesem Überangebot an Wahrheiten über „Mein Deutschland“, den „Aus-

verkauf der Politik“ bis hin zu „Mehr Kapitalismus wagen“ ist es schwer, etwas Fundiertes zu finden. Umso größer die Freude, wenn man es dann doch in der Hand hält. Ein kleines rotes Buch „Die Linke Versuchung – Wohin steuert die SPD?“ Elke und Wolfgang Leonhard schildern auf 199 Seiten die Entwicklung von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute. Das Buch schlägt einen Bogen von den gemeinsamen Wurzeln, der Spaltung der SPD und der europäischen Arbeiterbewegung, über die Reformtendenzen im realen Sozialismus bis hin zu den kommunistischen Strömungen in Westdeutschland, um abschließend die Frage zu stellen, wohin die SPD steuert?

„Die Trennung zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus ist Resultat einer langen und widerspruchsvollen Entwicklung. Innerhalb der anfangs relativ einheitlichen sozialdemokratischen Bewegung kristallisierten sich seit den 1870er Jahren immer deutlicher zwei gegensätzliche Strömungen heraus: eine reformerisch-parlamentarisch-demokratische und eine revolutionär-antikapitalistische.“ 1915, im Dezember, stimmten 20 sozialdemokratische Abgeordnete gegen die Gewährung weiterer Kriegsanleihen und im April 1917 kam mit der Abspaltung der USPD der endgültige Bruch. Damit begann die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie, „durch die sich Struktur und Handlungsfähigkeit der deut-

schen Linken tiefgreifend verändern sollte“. Die darin gipfelte, dass für die Kommunisten die Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit zum Hauptfeind wurde. Die Spaltung war nach Leonhard „die früheste Manifestation der unterschiedlichen Einstellung zum Krieg“, die auch heute noch feststellbar ist. Nach dem Krieg war in Deutschland, ähnlich wie in vielen anderen europäischen Ländern, „der Wunsch verbreitet, gemeinsam in einer einheitlichen Partei gegen faschistische Tendenzen zu kämpfen“. Die Trennung von KPD und SPD sollte – so hofften nicht wenige Anhänger beider Parteien – überwunden werden, stellen

die Autoren fest. Gustav Dahrendorf erklärte am 13. Juni 1945 „die sozialdemokratische Partei strebe die politische und wenn möglich auch die organisatorische Einheit mit ihren ‚kommunistischen Freunden‘ an.“ Zunächst blieben beide Parteien selbstständig und versprachen sich Zusammenarbeit. Die unabhängige SPD gewann schneller an Popularität und Mitglieder als die Moskauer-hörige KPD. Aus diesem Grund begann nach kurzer Vorbereitung und unter gewaltigem Propagandaaufwand die Kampagne, die mit der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED am 22. April 1946 ihr Ende fand. Diese und die Repressionen der

Jahre bis 1989 hinterließen Spuren in der sozialdemokratischen Seele, die bis heute nicht verheilt und neben politischer Macht ein Grund für eine andauernde Distanz und Misstrauen zwischen der SPD und der LINKEN sind.

Nach mehr als 60 Jahren steht die Frage nach einer Zusammenarbeit der Linken in Deutschland immer noch. Vielleicht in

diesem Jahr, in dem vier Landtagswahlen sowie die Bundestagswahl anstehen, noch schärfer. Eine inhaltliche Debatte in der SPD – wenn es eine gibt – ist überschattet von der Diskussion über den Umgang mit der LINKEN. Zusammenarbeit – Koalition oder Tolerierung – oder Abgrenzung? Auf Landesebene liegt nach dem Hessen-Debakel die Verantwortung in den Ländern – auf der Bundesebene ist es klar: Es bleibt bei einem kategorischen Nein. Jüngst hat sich nun auch die Linke innerhalb der SPD gegen eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der LINKEN auf Bundesebene entschlossen. Auf den Punkt gebracht, vor lauter Taktik hat die SPD die Orientierung verloren.

Wie kann und soll die SPD in Zukunft mit der Linkspartei umgehen? In Sachfragen ist die Übereinstimmung mit der SPD groß. Es gibt eine linke Mehrheit in der Gesellschaft. Ob dies auch in praktische Politik umgesetzt werden kann, bleibt fraglich. Mit dem momentan führenden Personal auf beiden Seiten, welches Personalfragen vor Sachfragen stellt oder historische Berührungspunkte hat, wird es wahrscheinlich kaum Zusammenarbeit geben. Bedarf es also einer neuen Generation auf beiden Seiten, um offen und respektvoll miteinander über Vergangenes und Zukünftiges zu reden und aufeinander zugehen zu können?

Sascha Krämer



Robert Michels: „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“

Der eher nüchtern anmutenden Überschrift folgt der Untertitel: „Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens“. Mit dem Begriff Oligarchen verbindet sich aktuell vermutlich mehrheitlich die Spontanassoziation russischer Konzernchefs, deren Karriere als sowjetischer Betriebsdirektor mit KPdSU-Partei buche begann. Nun hat Robert Michels sein heute als Klassiker der Parteiensoziologie geltendes Werk aber bereits 1911 verfasst. Zu einem Zeitpunkt also, an dem man sich rückblickend fragt, was zum damaligen Zeitpunkt unter moderner Demokratie zu verstehen war. Wie auch immer – der so über fast 100 Jahre gespannte Bogen zutreffender Begrifflichkeiten

lässt die Annahme zu, dass es lohnt, sich mit dem „Ehernen Gesetz der Oligarchie“ näher zu befassen.

Robert Michels formuliert es so: „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden. Wer Organisation sagt, sagt Oligarchie.“ Dass sich seine These zuallererst aus persönlichen Erfahrungen in der italienischen Sozialdemokratie speist, soll ihre Allgemeingültigkeit nicht in Frage stellen. Selbst dass Entwicklungstendenzen dieser Art schon 1911 zu Papier gebracht waren, hat später entstandene (auch linke) Parteien nicht vor solchen Szenarien bewahrt –

was den Gesetzescharakter unterstreicht. Er stellt die These auf, dass „jede Organisation, gleich wie demokratisch, sozialistisch und liberal sie zu Beginn gewesen sein mag, schließlich und unweigerlich zur Oligarchie führe“. Michels führt dies u.a. auf das Prinzip zurück, „...dass in jedem durch Arbeitsteilung entstandenen Organ... ein Eigeninteresse, ein Interesse an sich selbst und für sich selbst, entsteht“. Zweitens verleiht die Schaffung organisatorischer Herrschaft jenen Führern den größten Teil der Ressourcen, die der Organisation eigen sind. Dazu gehören ein Monopol über die Mittel zur Kommunikation mit der Mitgliedschaft, Kontrolle über die Handlung intermediärer Funk-

tionäre (die wegen der Förderung ihrer Karrieren von den Führern abhängig sind) und Kontrolle über das Vermögen der Organisation. Mit zunehmender Organisation ist deshalb auch die Demokratie im Schwenden begriffen. Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstabe wie die Organisation.

Die ehemals revolutionär gesinnte Führung wird konservativ. Nicht weniger spannend, was Michels zu Rolle der Massen schreibt. Umso unverständlicher ist Robert Michels späterer politischer Weg vom Kritiker einer oligarchen Struktur in die Partei Mussolinis. Prädikat: mit der nötigen kritischen Distanz – lesenswert.

Pete Heuer

Soziale Grundrechte – für eine grundlegende Verfassungsreform

von Wolfgang Neskovic, MdB DIE LINKE, Richter am BGH, a. D.

Seit einem Jahr arbeitet die Fraktion DIE LINKE im Bundestag an einem umfassenden Katalog sozialer Grundrechte, die die Freiheitsrechte in der Verfassung ergänzen sollen. In einer großen öffentlichen Anhörung haben wir über die neuen Rechte (auf Arbeit, auf gerechten Lohn, auf soziale Sicherheit, auf Wohnen usw.) diskutiert. Wir sind zuversichtlich, eine breite gesellschaftliche Debatte auszulösen. An ihrem Ende wird die Erkenntnis stehen, dass Freiheit ohne Gleichheit blanker Zynismus ist.

Denn: Bei uns bestimmen die Bürgerinnen und Bürger selbst, ob sie mit der eigenen Yacht die Welt umsegeln oder lieber auf dem Balkon Urlaub machen. Es ist ihre freie Entscheidung, ob sie lieber ein Unternehmen gründen oder schlecht bezahlte Leiharbeit annehmen. Niemand kann die Menschen zwingen, eine fünfstöckige Villa zu kaufen, wenn sie lieber unter der Brücke schlafen. Für die einen ist die Freiheit wie ein blühender Garten voller wunderbarer Früchte der Möglichkeiten. Für die anderen ist sie wie eine Wüste – wohin sie sich auch

wenden, die Verheißung der Freiheit bleibt für sie nur heiße Luft.

Denn formale Freiheit ohne die materielle Basis für ihren Gebrauch ist reale Unfreiheit.

Millionen in unserem Land erfahren dies täglich. Es kommt darauf an, das uralte Versprechen der Menschenrechte endlich einzufordern. „Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeu-

tung, Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung“ (Rosa Luxemburg). Mit sozialen Grundrechten setzen wir den Kampf fort für eine Welt ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung.



Für freie Unterschriften-sammlung bei Volksbegehren

Die Initiative „Mehr Demokratie“ setzt sich für eine freie Unterschriftensammlung bei Volksbegehren in Brandenburg ein. Dazu startete der Verein einen Aufruf im Internet unter der Adresse http://bb.mehr-demokratie.de/aufruf_brandenburg.html. Hier können Unterstützer den Aufruf online unterzeichnen. Zu den Erstunterzeichnern gehört der Vorsitzende der Brandenburger LINKEN Thomas Nord. Er sagte: „Brandenburg ist ein Musterfall einer nicht mehr zeitgemäßen Regelung für Volksbegehren. Weil Menschen für eine Unterschrift in jedem Fall zum Amt müssen, scheiterten bisher alle acht Volksbegehren, obwohl das Einleitungsquorum mit ca. 4 % relativ niedrig ist.“ DIE LINKE unterstützt die Forderung, weil die freie Unterschriftensammlung „die Diskussionen zwischen Menschen an Informationsständen und auf Märkten fördert“.

Die für den Aufruf gesammelten Unterschriften sollen nach der Landtagswahl am 27. September den Fraktionen des Landtags übergeben werden.

Michael Efler, Vorstandsmitglied von „Mehr Demokratie“, bezeichnete es bei der Vorstellung der Initiative als „Skandal, dass Bürger in Brandenburg für eine Unterschrift unter ein Volksbegehren aufs Amt gezwungen werden“. Im Zusammenhang mit dem gescheiterten Volksbegehren gegen neue Tagebaue im Land Brandenburg hatte der Verein bereits Anfang Februar eine Studie vorgestellt. Die Erfolgchancen von Volksbegehren sind demnach im Vergleich zu anderen Bundesländern verschwindend gering. Hauptgrund sei, dass Bürger nur beim Meldeamt unterschreiben können. Die Initiative verlangt nun freie Unterschriftensammlungen auf der Straße, wie sie in den meisten Bundesländern längst Standard seien.

„Jedes Jahr sei erinnert an die Befreiung vom Hitlerfaschismus“

Am 10. Mai 2009 findet die dritte Veranstaltung „Jedes Jahr sei erinnert an die Befreiung vom Hitlerfaschismus“ statt. Die Reihe dieser Veranstaltungen geht zurück auf die große internationale Antikriegsaktion „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ nach dem Gedicht „Legende vom toten Soldaten“ von Bertolt Brecht. Die Antikriegsaktion selbst fand statt am 13. und 14. Mai 2006 in Berlin und Potsdam.

Gerade jetzt, in der großen Weltkrise, die mit Sicherheit mehr als eine bloße Wirtschaftskrise ist, ist es nötig daran zu erinnern, dass Weltkrisen wie die derzeitige immer die Gefahr des Krieges mit sich führen. So war es mit der Krise von 1913, deren verheerende „Lösung“ nur kurz danach, 1914, der deutsche Krieg um den „Platz an der Sonne“ war. So war es mit der großen Weltkrise von 1929 bis 1932, die die deutschen Monopol- und Bankherren sieben Jahre später mit dem erneuten Krieg um die Neuaufteilung der Welt zu ihren Gunsten beantworteten. Keinen der Gründe, die zu den großen Krisen geführt hatten, konnten eben diese großen Krisen beiseitigen. Die zeitweilige Lösung war zweimal im vorigen Jahrhundert der Weltkrieg.

So schreibt der Vertrauenskörperleiter von Mercedes Benz Wörth in der Solidaritätserklärung zur diesjährigen Veranstaltung: „Wir brauchen die Fabriken. Aber Ausbeutung und Weltwirtschaftskrisen, Faschismus und Weltkrieg brauchen wir nicht. In diesem Sinne unterstützen wir die inter-

nationale Antikriegsaktion ‚Das Begräbnis oder die HIMMLISCHEN VIER‘ am 10. Mai in Nürnberg.“ 35 Vertrauensleute von Daimler Bremen stellen fest: „Wenn wir als IG Metall Gewerkschafter weiterhin schweigen zum Staatsumbau im Inneren, zu den Kriegsvorbereitungen und zum deutschen Kriegsterrorismus in Afghanistan und anderswo, werden unsere Kinder und Enkel eines Tages fragen ‚Warum habt ihr dagegen nichts unternommen?‘.“

Sich dagegen zu einem tagtäglichen „Nie wieder“ zusammenzuschließen – dazu soll die Veranstaltung aufrufen. Sie findet statt am 10. Mai 2009, 11.00 Uhr, in Nürnberg im „südpunkt“, Pilsener Str. 147.

Neben Arbeitervertretern aus Großbetrieben wird mit Pierre Pranchère ein Kämpfer der französischen Résistance gegen die faschistische Besetzung Frankreichs sprechen. Das Krisenstück „Neues aus Mahagonny“ zeigt den Zusammenhang von Weltkrise, Faschismus und Krieg.

Veranstalter ist das Aktionsbüro „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“, unterstützt vom IG Metall Vertrauenskörperleiter Mercedes Benz Wörth und 35 IG Metall Vertrauensleuten von Daimler Bremen sowie vom Ensemble Roter Pfeffer und Brecht-Jugendprojekt Bremen.

Kontakt: Stefan Eggerdinger, Innere Kanalstr. 220, 50670 Köln Telefon 0178-7804512 Mail: eggerdinger@himmlichevier.de

Samstag, 16. Mai 2009:

10 Jahre „Vulkan“, die Babelsberger Arena



Vor 10 Jahren wurden 120 Tonnen Lava aus der Eifel herbeigeschafft und 15.000 Kubikmeter Erdreich bewegt, um somit die in Deutschland einmalige und außergewöhnliche Arena zu erschaffen.

Mit Platz für bis zu 2.500 Gästen, einer Gesamthöhe von 15 Metern und einer 3.000 m² umfassenden „Außenhaut“

zeigte die Stuntshow im Vulkan in den letzten 10 Jahren tagtäglich rasante Verfolgungsjagden, Sprünge aus atemberaubender Höhe, Motorrad- und Feuerstunts, aber auch Fernsehaufzeichnungen, Rockkonzerte und Open-Air-Kino.

Im 10. Jubiläumsjahr der Vulkan-Arena und der nunmehr 15-jährigen spektakulären

Actiontradition des Filmparks Babelsberg erleben Besucher ein „Best of Stunts 'n Action“.

Die spektakulärsten Stunts in minutiösem Timing, die grandiosen Pyroeffekte, rasantesten Fahrscenen in neuer Showkulisse und beeindruckender Akustik – das ist der Mix, der den Vulkan ausbrechen lassen und das Publikum begeistern wird.

Wandern am Himmelfahrtstag

Einer guten Tradition folgend, lädt der Kreisvorstand der LINKEN wiederum zum geselligen Wandern am Himmelfahrtstag ein.

Wir treffen uns am Donnerstag, dem 21. Mai, an der Straßenbahnhaltstelle Waldstraße / Horstweg (Linien 91,92,93,96) ab 10.30 Uhr und starten 10.45 Uhr. Wegen einzelner steiler oder tiefsandiger Wegabschnitte sollten Rollstuhlfahrer oder stark gehbehinderte Wanderfreunde diesen Kurs besser meiden und, um die Geselligkeit dennoch zu genießen, sich gegen 12.30 Uhr am Wanderziel einfinden. Das ist der „Falkenhof“ des Wald-, Jagd-, Naturerlebnis e.V. nahe dem kleinen Ravensberg, erreichbar über die befahrbare Betonpiste „Ravensberggestell“.

Für die Wanderer beträgt die Gehzeit einschließlich zweier kleiner unterhaltsamer Pausen gute 1,5 Stunden.

Die mit einem musikalischen Unterhaltungsprogramm eingerahmte Mittagspause ist ausreichend bemessen, ebenso das Angebot an Essen und Getränken. Der Verzehr erfolgt auf eigene Kosten. Wer nach den Mühen des Vormittags in Mittagsmüdigkeit versinkt, sollte sich spätestens um 14.30 Uhr wecken lassen. Dann startet die Falknerin Frau Simm-Schönholz mit ihren As-

sistenten eine ca. 45-minütige Flugvorführung des inzwischen großen Bestandes an Greifvögeln. Auch dieser Programmteil wird vom KV finanziert.

Den Schluss des Wandertages kann natürlich jeder Teilnehmer für sich bestimmen. Ein abschließendes Kaffeetrinken ist im Angebot.

Der Rückweg zu Fuß, bergab über das Ravensberggestell bis zur Haltestelle H.-Mann-Allee / Eduard-Claudius-Straße, beträgt 20 Minuten. Für eine kleine Personenzahl wird eine unentgeltliche Rückfahrt per Auto bis zur Straßenbahn angeboten. Verantwortliche für Wanderung und Programm sind wie in den Vorjahren Hella und Rudolf Drohla.

Dankeschön

Sängerinnen, Sänger und Vorstand möchten der Geschäftsstelle der Linkspartei einmal Danksagen für die langjährige Überlassung des Versammlungsraumes, um unsere Jahreshauptversammlung durchführen zu können.

Dieter Rottstock

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 05.05.2009, 14.00 Uhr: „Musikalischer Rätselnachmittag“. Ein musikalischer Rätselnachmittag mit Manfred Bischoff und seinem Akkordeon. * Dahlweid

Donnerstag, 07.05.2009, 18.00 Uhr: Donnerstagsgespräch zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen. Moderator: Matthias Krauß, Potsdam. **RLS

Freitag, 08.05.2009, 17.00 Uhr: Antifaschistische Filmnacht. Es laufen die Filme „Babi Jar“ (2003), „Jakob der Lügner“ (1974), „Sein oder Nichtsein“ (1942). Podiumsdiskussion zu den Filmen. Gemeinsame Veranstaltung mit dem AstA der Universität Potsdam und dem Kino Thalia. **RLS Potsdam-Babelsberg, Kino Thalia, Rudolf-Breitscheid-Str. 50

Samstag, 09.05.2009, 08.00 – 10.00 Uhr: Info-Stand DIE LINKE am Bassinplatz

Sonntag, 10.05.2009, 10.00 Uhr: Frühschoppen „Rathausreport live“ Kulturscheune Marquardt, Fahrländer Straße, OT Marquardt

Montag, 11.05.2009, 14.30 Uhr: „Nun will der Lenz uns grüßen ...“ Mitglieder des Arbeitskreises „Zeitzeugen“ lesen für Sie Frühlings- und andere Geschichten. Herr Manfred Bischoff begleitet die Lesung mit schönen Melodien. * Dahlweid

Dienstag, 12.05.2009, 14.30 Uhr: „Schätze im Wüstensand – eine Exkursion nach Ägypten und Sudan“ Eine interessante Reise aus der Reihe „Ferne Länder – fremde Kulturen – nahegebracht“ mit Dr. Rolf Rönz. * Dahlweid

Dienstag, 12.05.2009, 17.00 Uhr: Was haben die Bürger von der Arbeit des Europaparlaments? Bürgerforum im Casino, Zeppelinstraße 48. Referent: Dr. Helmut Markov, Abgeordneter des Europaparlaments, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel.

Dienstag, 12.05.2009, 18.00 Uhr: „Die Welt, in der wir leben“. Osteuropa und die EU-Erweiterung. Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Anton Latzo, Langerwisch; Moderation: Dr. Arnold Schölzel, jW, Berlin. **RLS

Mittwoch, 13.05.2009, 18.00 Uhr: Seminarreihe „Politisch Arbeiten mit Web 2.0.“: Die Schattenseiten der IT-Branche. Vortrag und Diskussion mit Sarah Bormann, Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e. V.; Moderation: Elisabeth Voß, Berlin. **RLS

Donnerstag, 14.05.2009, 10.00 Uhr: Gesprächskreis Lebenszeit – Arbeitszeit Workfare – Ohne „Arbeit“ keine Sozialleistung? Gast: Bernhard Jirku, Bereichsleiter Erwerbslosenpolitik bei Ver.di, Referent: Prof. Dr. Dietrich Fischer, Vorsitzender des ALV-Bildungswerkes Brandenburg e. V.; Moderation: Stefanie Holuba. **RLS

Donnerstag, 14.05.2009, 17.00 Uhr: Die 80er Jahre: Sozialismus oder Kapitalismus – die alte Entscheidung neu gestellt. Vorträge von Dr. Olaf Klenke, Berlin, Prof. Dr. Siegfried Prokop, Bernau, und Dr. Thomas Klein, Berlin; anschließend Diskussion. Moderation: Dr. Stefan Bollinger, Berlin. Gemeinsame Veranstaltungsreihe mit Helle Panke e. V. **RLS

Freitag, 15.05.2009, 18.00 Uhr: Gescheiterte Versuche einer Vereinheitlichung des Arbeitsrechts in der Bundesrepublik. Öffentliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsgesetzbuch“. Referent: Dr. Steffen Hultsch, RA, Potsdam; Moderation: Prof. Dr. Anton Latzo, Langerwisch. **RLS

Freitag, 15.05.2009: LINKE Info-Stände in den Stadtteilen 14.30 Uhr Kepler-Platz, Am Stern 15.00 Uhr Rathaus Babelsberg 15.00 Uhr Waldstadt-Center, Waldstadt II 16.00 Uhr Havel-Nuthe-Center, Drewitz

Sonabend, 16.05.2009: LINKE Info-Stände in den Stadtteilen 09:30 Uhr Markt-Center, Breite Straße 10:00 Uhr REWE-Kaufhalle, Zentrum Ost 10:00 Uhr Marktplatz, Kirchsteigfeld 10:00 Uhr Stadtplatz, Am Schlaatz 10:00 Uhr Brandenburger Straße / Ecke Lindenstraße (Familie Grün)

Sonntag, 17.05.2009, 16.00 Uhr: MATINEE am SONNTAG. 9. Folge: Ernst-Georg Schwill in „Schauspieler – Texte – Meinungen“

Gast: Ernst-Georg Schwill; Moderation: Claus Dobberke, Potsdam, und Daniel Küchenmeister, Berlin. Potsdam, Kabarett Obelisk, Charlottenstr. 31. **RLS

Montag, 18.05.2009, 14.30 Uhr: Im Gespräch mit unserem Rechtsanwalt „Gesetzliche Unterhaltsregelung“. Gesprächsrunde über wichtige Rechtsfragen des Alltags mit dem Rechtsanwalt und Notar, Karlheinz Sendke. Informationen zu gültigen Gesetzen, aber auch praktische Hinweise zu ihrer richtigen Auslegung und Anwendung. * Dahlweid

Dienstag, 19.05.2009, 14.30 Uhr: Seniorenclub Europa-Wahl – LINKE ins Parlament. Wir Senioren waren schon „Probesitzen“ mit Horst Klett Ort: Haus der LINKEN, Alleestraße 3

Dienstag, 19.05.2009, 18.00 Uhr: „Gebrauchsanleitung für deutsche Medien“ 19. Veranstaltung: „Wir brauchen keinen Joachim Herrmann – dennoch hintergehen wir Euch! Eure Medien“ Vortrag und Diskussion mit Dr. Frank Schubert, Medienwissenschaftler, Uni Potsdam; Moderation: Dr. Sebastian Köhler, Potsdam. **RLS

Sonabend, 23.05.2009: Lesecke in der Alleestraße 3. Horst Stechbarth liest aus seinem Buch „Soldat im Osten“

Montag, 25.05.2009, 14.30 Uhr: „Sibirien – vom Amur bis zum Eismeer“ (Teil 2). Ein Spaziergang mit Herrn Karl

Kreutz. Gemeinsam mit Gert Ruge, dem langjährigen ARD-Russlandkorrespondenten, reisen wir durch Sibirien. * Dahlweid

Dienstag, 26.05.2009, 14.30 Uhr: Im Gespräch mit unserem Stadtverordneten „Wie und wo parken im Zentrum-Ost?“ Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter aus Zentrum-Ost, informiert über Bemühungen und Ergebnisse. * Dahlweid

Dienstag, 26.05.2009, 18.00 Uhr: Seminarreihe „Politisch Arbeiten mit Web 2.0.“: „Meine Daten gehören mir! Verschlüsselung und Datenschutz“ Teil 2. Vortrag und Diskussion mit Jens Budzus, Mitarbeiter LDA Brandenburg; Moderation: Elisabeth Voß, Berlin. Potsdam-Babelsberg, Rudolf-Breitscheid-Str. 164, S-Bhf. Griebnitzsee **RLS

Mittwoch, 27.05.2009, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. * Dahlweid

Dienstag, 02.06.2009, 14.00 Uhr: „Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff und seinem Akkordeon. * Dahlweid

* Dahlweid – Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11 im Zentrum-Ost **RLS – Rosa-Luxemburg-Stiftung, Potsdam, Dortustr. 53, Geschäftsstelle (Atrium)